

Grüne Seiten

Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen
Grafrath/Kottgeisering



Ausgabe Juli 2012

Am Scheideweg:

Europa retten für uns - nicht für die Banken!



Das europäische Haus wankt gewaltig! Allmählich wächst die Einsicht, dass Schluss sein muss mit einer Politik hinter verschlossenen Türen. Eine Folge von fast nicht vorstellbaren und oft unverständlichen Finanztransaktionen wird uns immer wieder mit ernststen Gesichtern und einer etwas vage erscheinenden Drohung mit dem Finanzmarkt erklärt. Gleichzeitig sehen wir, dass sich die Situation der Menschen in Ländern, die unter den gewaltigen Rettungsschirm geflüchtet sind, durch das

ihnen auferlegte Spardiktat dramatisch verschlechtert: Vermögen werden vor der Steuer ins Ausland transferiert, die Arbeitslosigkeit steigt dramatisch, ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen müssen Einkommenskürzungen hinnehmen, die für uns in Deutschland kaum vorstellbar wären. Aus Griechenland wird jetzt auch von einer gefährlichen Unterfinanzierung der medizinischen Versorgung berichtet. Begleitet wird dies in großen Teilen der Presse mit einem undifferenzierten Bild von einem starken Deutschland und unfähigen Schuldnerstaaten, die uns so viel Geld kosten.

Wir wollen genauer hinschauen:

Im Vertrag von Maastricht wurde bei der Euro-Einführung eine strenge Haushaltsdisziplin und ein Verbot der gegenseitigen Haftung der Länder untereinander vereinbart. Die Währungsstabilität sollte so erhalten werden. Unterschiede in der Wirtschaftskraft, und damit der Handelsbilanz der Mitgliedsländer, können somit nicht mehr nach be-

Einladung zur Diskussionsveranstaltung

Am Scheideweg:

Europa retten für uns - nicht für die Banken

Veranstaltung mit Dr. Martin Runge, MdL, Bündnis90/Die Grünen.

Freitag, 20 Juli, 20 Uhr
"Dampfschiff" , Grafrath

kanntem Muster ausgeglichen werden: Auf- oder Abwertung der Währung im Außenverhältnis oder - wie z.B. in Deutschland - durch einen Länderfinanzausgleich im Binnenverhältnis eines Landes. Deshalb sind seit Beginn der Weltwirtschaftskrise im Herbst 2007 die Zinsen, die einige Euro-Länder an ihre Gläubiger zahlen müssen, dramatisch gestiegen. Deutschland erzielte, gefördert durch den Euro als Gemeinschaftswährung, einen Exportüberschuss. Zudem profitiert Deutschland noch von einem sehr niedrigen Zinssatz für seine Staatsschulden.



Diese Zinsunterschiede führten auch zu einer massiven Spekulation an den Finanzmärkten: Durch 'Wetten' auf Zinssteigerungen für einzelne hoch verschuldete Euro-Länder wurden die Zins-Unterschiede weiter verschärft. Deutsche Banken sind - 'offiziell' mit 50 Mrd. € - stark an diesen Zins-Spekulationen beteiligt. So steht natürlich immer auch eine erneute Banken-Krise im Raum. Deshalb sahen sich die Euro-Regierungen kurzfristig vor die Alternative gestellt, Griechenland mit Krediten zu unterstützen oder mit der 'Insolvenz' Griechenlands die Euro-Zone als Ganzes in Gefahr zu bringen. Als provisorisches Instrument gegen die Banken-Krise wurde daraufhin 2010 die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) geschaffen. Die EFSF ist eine Luxemburgische Aktiengesellschaft, deren Wirken auf einen Zeitraum bis Juni dieses Jahres begrenzt wurde. Das war ein Feuerwehreinsatz, um Luft und Zeit für wirklich wirksame Maßnahmen gegen die Krise zu kaufen. Leider wurde dies von der 'Merkozy'-Regierung in keiner Weise genutzt. Im Gegenteil: Statt wirksamer Maßnahmen gegen die Kapitalflucht und Zinsspekulation wurden den Krisenländern immer drückendere Sparmaßnahmen auferlegt. In Griechenland schrumpfte 2010 die Wirtschaftsleistung um 4,5 Prozent. Die EU-Fördermittel konnten nicht abgerufen werden, weil das Land durch die Sparmaßnahmen den vorgeschriebenen Eigenanteil nicht aufbringen kann.

EFSF reicht nicht aus ...

Da sich schon ankündigte, dass der EFSF nicht ausreicht, um der Schuldenkrise wirksam zu begegnen, hat die Europäische Zentralbank ab Anfang dieses Jahres von sich aus Schuldscheine unter Druck geratener Euro-Länder aufgekauft. Sie tat dies allerdings nicht direkt bei den Euro-Ländern, sondern bei den Gläubiger-Banken: Die Schuldner-Staaten zahlen weiter ihre vom Markt hochgepuschten Zinsen, während die EZB gleichzeitig zinslose Darlehen an die Banken ausgibt!

Mehr Europa - nur demokratisch!

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) soll den EFSF als langfristige Maßnahme zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Euro-Staaten ablösen. Es handelt sich hier - wie beim EFSF - um eine Luxemburgische Finanzinstitution mit einem geplanten Stammkapital von 700 Milliarden Euro (80 Mrd. Euro bar und 620 Mrd. € Kreditgarantien). Der ESM kann in Kraft treten, sobald der ESM-Vertrag von so vielen Euro-Staaten ratifiziert wurde, dass mindestens 90 % des Stammkapitals gezeichnet wurden. Das würde nach der Ratifizierung in Deutschland wohl der Fall sein. Die deutsche Beteiligung beträgt 190 Mrd. Euro. Nach Belgien, Frankreich, Griechenland und Slowenien wurde der Vertrag am 29. Juni mit Zweidrittel-Mehrheit von Bundestag und Bundesrat in Deutschland ratifiziert. Bundespräsident Gauck muss allerdings mit seiner Unterschrift unter das Gesetz warten, bis das Bundesverfassungsgericht über schon eingegangene Klagen entschieden hat. Eine Vorentscheidung über die Verfassungsklage von 12.000 BürgerInnen, 'Mehr Demokratie', der ÖDP, den Freien Wählern, der Piratenpartei, der Fraktion der Linken und anderen Organisationen wird es am 10 Juli geben. Kern der mit unterschiedlichen Schwerpunkten eingereichten Klage ist die Befürchtung, dass durch ESM und Fiskalpakt so weitreichende Regelungen getroffen werden, die eigentlich nur in einer Volksabstimmung entschieden werden können.

Wir GRÜNE wollen eine breite Diskussion über Ursachen der gegenwärtigen Krise und Alternativen, Möglichkeiten und Chancen einer Europa-Politik für die Menschen. Dazu hat der GRÜNE ORTSVERBAND GRAFRATH/KOTTGEISERING den Bayerischen Europa-Kenner, Wirtschaftswissenschaftler, Landtagsabgeordneten und Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN im Bayerischen Landtag, Dr. Martin Runge zu einer Veranstaltung eingeladen.

Redaktion:
Helma Dreher
Anita Schleichner
Elke Struzena
Roger Struzena

Internet: www.gruene-grafrath.de

eMail: gruene.grafrath@t-online.de

Information: Elke Struzena, Tel. 08144 1592

Klosterwirt Grafrath:

Bürger fragen - Investor schweigt.

Mehr als 200 Einwendungen sind bei der Gemeinde zum ersten Entwurf des Bebauungsplanes am Klosterwirt abgegeben worden, das hat es noch nie bei einem Bebauungsplan-Verfahren gegeben.

Schon in der sehr gut besuchten Bürgerversammlung im April dieses Jahres wurden von den BürgerInnen zahlreiche Kritikpunkte vorgetragen. Das wohl wichtigste Argument war:

Wenn der Vorgängerentwurf bei einem Bürgerbegehren knapp scheiterte wegen zu massiver Bebauung, wieso wird jetzt ein Entwurf vorgelegt, der 6.000 qm zusätzliches Bauland vorsieht?

Während das Vorgänger-Modell noch soziale Ansätze und Einrichtungen vorsah, will der Investor Real-Treuhand davon nichts wissen, selbst die Einladung zur Bürgerversammlung hat er abgelehnt. In der Bürgerversammlung wurden deshalb zwei Anträge an den Gemeinderat aufgenommen:

1) die Bereitstellung von Wohnflächen für ältere Mitbürger und Menschen mit Behinderung

2) ein Teil der Grundstücke ist unter Berücksichtigung sozialer Voraussetzungen zu günstigen Preisen anzubieten



*Bebauungsplan am Klosterwirt:
Lieblose Klötzchen-Bebauung*

Die Forderung des Bauträgers nach immer größerer Baulandfläche wurde bisher nicht begründet. Einfache Berechnungen mit den früher vorgelegten Zahlen der Real-Treuhand zeigen, dass deren Argumentation zur Notwendigkeit von weiterer Baulfläche nicht nachvollziehbar ist:

| | |
|---|----------------------|
| Ausgaben der RT für Grundstück, Erschließung, Vertrieb, Sanierung Stadel etc.: | ca. 5,8 Mio € |
| Einnahmen aus Grundstücksverkauf nach Erschließung: | ca. 7,5 Mio € |
| Beteiligung an Folgelasten für soziale Einrichtungen, verbilligtes Bauland, o. ä. : | <u>Fehlanzeige</u> |
| Überschuss für die Real-Treuhand: | ca. 1,7 Mio € |

Da in der Vergangenheit ein Investoren-Wettbewerb mit Vorstellungen verschiedener Lösungen und Finanzierungsmodelle von Seiten der CSU und der Freien Wähler (FW) abgelehnt wurde, kann nun die Real-Treuhand mit ihrer Monopolstellung schalten und walten, wie sie will.

Obwohl in einem frühen Interview mit dem Fürstenfeldbrucker Tagblatt im August 2010 Real-

Treuhand-Geschäftsführer Demel erklärte, sich an Folgekosten zu beteiligen, gibt es bisher dazu keinerlei Zusagen. In dem demnächst abzuschließenden Städtebaulichen Vertrag müssen deshalb auch entsprechende finanzielle Beteiligungen der Real-Treuhand an den Aufgaben und Folgelasten der Gemeinde vereinbart werden !

Was wollen wir ?

- Restaurierung des denkmalgeschützten Stadels
- Erhaltung der Kontur und der Fassade des Klosterwirtes
- Sinnvolle Nutzung dort z.B. mit Hotel und Gastronomie
- Neues dörfliches Leben in diesem Ensemble mit Einrichtungen für ältere Menschen und für Kinder
- günstiger Wohnraum für jung und alt

CSU/FW: Kehrtwende um 180 Grad

Verkehrte Welt im Gemeinderat und so manche BesucherIn wunderte sich: CSU und Freie Wähler, die früher die Baulandausweisung schon als zu dicht und ausufernd kritisierten, haben auf einmal nichts gegen eine noch größere Bebauung einzuwenden!



Diese intakte Grünfläche soll der Bebauung weichen

Sie folgen damit blind den Vorstellungen des Bauträgers, statt in erster Linie die Interessen der Gemeinde zu vertreten.

In den nächsten Wochen und Monaten muss der Gemeinderat Stellung nehmen zu allen Einwendungen und Vorschlägen, die von den Bürgern und den amtlichen Stellen zum Bebauungsplan-Entwurf vorgebracht werden.

Sollten CSU und Freie Wähler bei der Beratung der Einwendungen weiterhin einseitig die Position der Re-

al-Treuhand vertreten, wird es wohl nicht auszuschließen sein, dass Grafrather Bürger ein neues Bürgerbegehren inszenieren, um die Interessen der Bürger nach einer vernünftigen Ortsgestaltung und Nutzung des Klosterwirt-Areals sicherzustellen. Dazu wird es sicherlich angebracht sein, endlich einen Ideenwettbewerb mit breiter Beteiligung und Unterstützung der Grafrather BürgerInnen durchzuführen.



Fantasielose Reihenhaus-Anlage der Real-Treuhand in FFB: Satellitenschüsseln auf Bauklötzchen

Energiewende Kottgeisering: Sonne, Wind oder gar nichts ?



Eine geplante Photovoltaik-Freiflächenanlage wurde zum Streitpunkt im sonst so friedlichen Kottgeisering.

Während der Gemeinderat das Projekt zunächst befürwortete, kam später der Rückzieher angesichts hunderter Unterschriften für ein Bürgerbegehren gegen diese Freiflächenanlage südlich der Bahnlinie.

Die Ablehnung einer PV-Freiflächenanlage auf Kottgeiseringer Flur mit der Begründung, erst alle geeigneten Dächer mit PV-Anlagen zu bestücken, bevor man die Natur damit zubaut, hat eine schnelle Energiewende in Kottgeisering zum Scheitern verurteilt.

Bei den bisherigen Untersuchungen zur Windkraft zeichnet sich aber ab, dass bis zu 3 Windkraftträder in Kottgeiseringer Gemeindegebiet ihren Standort nördlich der Bahnlinie finden könnten.

Wie der Presse bisher zu entnehmen war, gibt es in manchen umliegenden Gemeinden auch gegen Windräder Einwände – wie Schattenwurf, Vogelflug, Sichtachse, die aber in den Bürgergesprächen weitestgehend ausgeräumt werden können.

Um eine Energiewende zu schaffen, müssen wir auf große Energieerzeugung setzen. Die PV-Anlagen auf Dächern erzeugen meistens gerade den Strom, um das eigene Wohnhaus mit Strom zu versorgen. Mit der Windenergie ist es auch in einer kleinen Gemeinde wie Kottgeisering möglich, einen großen Beitrag zur Energiewende zu leisten und ein Stück Unabhängigkeit in der Energieversorgung zu erreichen. So erzeugt heutzutage ein einziges Windrad so viel Energie wie Solaranlagen auf ca. 800 Hausdächern !

Eine Energiewende in Kottgeisering ist noch keine weltweite Energiewende. Wir wollen keinen präventiven Protest. Wem es tatsächlich um die Energiewende geht, informiert sich ausreichend und verzichtet dann auch auf polemische Argumentationen gegen Windkraftanlagen.